

**Reg-Nr: 358.10**  
**Antragsnummer: A582/2024**  
Eingangsdatum: 26.11.2024  
Federführung: Dezernat II  
Mitzeichnung: (leer)  
SharePoint-ID: 1046

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim  
Herrn Christian Specht  
Rathaus, E 5  
68159 Mannheim

**Holger Schmid**  
Fraktionsvorsitzender

**Christopher Probst**  
stellv. Fraktionsvorsitzender

**Prof. Dr. Achim Weizel**  
Stadtrat

26.11.2024

## Antrag zu den Etatberatungen 2025/2026

### Einführung gemeinnütziger Arbeit für Flüchtlinge

#### Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Asylbewerberleistungsgesetz verankerte Pflicht zur Leistung gemeinnütziger Arbeit für Asylbewerber und Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften in Mannheim für möglichst viele Geflüchteten umzusetzen und dem Gemeinderat bis spätestens Ende des ersten Quartals 2025 ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen.

Dienststelle:	TEH:	TFH:	Seite im Haushaltsplan
50	Ja	Nein	358

<b>HH-Plan 2025:</b>	<b>HH-Plan 2026:</b>	<b>HH-Plan 2027:</b>	<b>HH-Plan 2028:</b>
<b>-150.000 €</b>	<b>-150.000 €</b>	<b>-150.000 €</b>	<b>-150.000 €</b>

Produkt-Nr/Inv.

Strategisches Ziel: 3 Vielfalt leben, Zusammenhalt schaffen.

#### Antragsbegründung:

Erste Erfahrungsberichte mit den bisher in Deutschland umgesetzten Projekten "Arbeit für Geflüchtete" zeigen überwiegend positive Ergebnisse und Erfahrungen und eine positive Resonanz in der Bevölkerung. Im Asylbewerberleistungsgesetz heißt es im Paragraph 5: "Arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind, sind zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit verpflichtet."

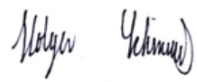
Nach den Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes sind Aufnahmeeinrichtungen und vergleichbare Einrichtungen verpflichtet, sogenannte Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung zu stellen. Nach dem gesetzgeberischen Willen dienen sie auch "der Strukturierung des Tagesablaufs" und sollen "Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, des Spracherwerbs und einer ersten Heranführung an den Arbeitsmarkt" eröffnen.

Hintergrund der Initiative ist der Wunsch, dass für die Solidarität der Gemeinschaft etwas zurückgegeben werden sollte.

Eine ausführliche Begründung ist in unserem Antrag A179/2024 vom 25.09.2024 enthalten.

Nach Aussage des Fachbereichsleiters des FB50, Herr Dr. Hildebrand im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Soziales sind für die Umsetzung des Antrags 150.000 € erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Holger Schmid  
Vorsitzender



Christopher Probst  
stellv. Vorsitzender



Prof. Dr. Achim Weizel  
Stadtrat